BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Landtag
15. Wahlperiode

Beschlussprotokoll

3. Sitzung 22. 09. 99

Nr. 15/52 - 15/73

Nr. 15/52

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

- 1. Wahl von sechs Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs
- 2. Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs
- 3. Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertretern des Ausschusses zur Wahl der Richter/-innen des Verwaltungsgerichts
- 4. Wahl des Mitglieds und des stellvertretenden Mitglieds Bremens für den Ausschuß der Regionen (AdR) der Europäischen Union
- Konsequenzen des Senats aus dem Bericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses "Bremer Vulkan"

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. August 1999 (Drucksache 15/37)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 21. September 1999 (Drucksache 15/53)

Nr. 15/53

Fragestunde

- Wohnplätze für behinderte Menschen in Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Karin Tuczek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Juli 1999
- Zeltlager der Landesjugendfeuerwehren in Bremen Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 29. Juli 1999
- Verteilung des Aufrufs "Bremerinnen gegen den Krieg" über die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau Anfrage der Abgeordneten Annedore Windler, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 30. Juli 1999
- Beseitigung diskriminierender Wahlverfahren für EU-Bürger Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. August 1999
- Überhangstellen für Personalräte
 Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. August 1999

6. § 34 a Gewerbeordnung – Zulassung von Sicherheitsunternehmen Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. August 1999

7. Waffenrecht ändern

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. August 1999

8. Prüfverfahren der EU-Kommission wegen Fördergebieten "Gemeinschaftsaufgabe"

Anfrage der Abgeordneten Dr. Kuhn, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. August 1999

 Durchfallquoten Bremer Jura-Absolventen beim zweiten Staatsexamen Anfrage der Abgeordneten Dr. Lutz, Jäger, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 12. August 1999

10. Fahrgastbeförderung durch Taxi

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 20. August 1999

11. Neustrukturierung im Kulturbereich

Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. August 1999

12. Daewoo-Ansiedlung

Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) vom 25. August 1999

13. Konjunkturentwicklung in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. August 1999

14. TBT-Gutachten verheimlicht

Anfrage des Abgeordneten Schramm (Bündnis 90/Die Grünen) vom 25. August 1999

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

15. Fusion von Krankenhausträgern in Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Günthner, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 25. August 1999

16. Flughafenanbindung des Kreuzfahrt-Terminals Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 25. August 1999

17. Altersteilzeit

Anfrage der Abgeordneten Cornelia Wiedemeyer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 26. August 1999

18. Bereitschaftspolizei

Anfrage des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 30. August 1999

Bundesmittel für das Deutsche Schifffahrtsmuseum Bremerhaven Anfrage der Abgeordneten Carmen Emigholz, Gerlinde Berk, Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 31. August 1999

20. Aufrechterhaltung der museumspädagogischen Arbeit

Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis $90/\mathrm{Die}$ Grünen vom 10. September 1999

21. Berufliche Ausbildung im Call-Center-Bereich

Anfrage der Abgeordneten Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 14. September 1999

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 15/54

Neuregelung der 630-DM-Jobs

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 17. August 1999 (Drucksache 15/32)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. September 1999

(Drucksache 15/44)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/55

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag des Abgeordneten Eckhoff und Fraktion der CDU und des Abgeordneten Böhrnsen und Fraktion der SPD eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

"Wettbewerb im Energiemarkt fördern - Bremer Verbraucherinteressen schützen."

Nr. 15/56

Gesetz zur Änderung des Feldordnungsgesetzes

Mitteilung des Senats vom 10. August 1999 (Drucksache 15/30)

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 15/57

Neubildung eines Landesjugendhilfeausschusses

Mitteilung des Senats vom 7. September 1999 (Drucksache 15/40)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die in der Ergänzung der Mitteilung des Senats enthaltenen Mitglieder und Stellvertreter des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 15/58

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Carmen Emigholz

anstelle des Abgeordneten Andreas Kottisch zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Häfen.

Nr. 15/59

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 1 vom 14. September 1999

(Drucksache 15/43)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/60

Parlament verkleinern, Wahlalter senken

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15. Juli 1999 (Neufassung der Drs. 15/3 vom 30.06.99) (Drucksache 15/11)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/61

Verkleinerung des Parlaments

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. September 1999 (Drucksache 15/46)

Die Bürgerschaft (Landtag) beauftragt den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss, bis zum 1. Mai 2000 einen Vorschlag zur Umsetzung der angestrebten Parlamentsverkleinerung zu erarbeiten.

Zugleich wird der Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss beauftragt, die gegenwärtigen parlamentarischen Arbeitsstrukturen einschließlich des Status der Abgeordneten, eine Verlängerung der Wahlperiode auf fünf Jahre sowie eine Herabsetzung des Wahlalters zu prüfen.

Nr. 15/62

Auswirkungen der Strukturreform im Gesundheitswesen zum Jahr 2000 im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 9. August 1999 (Drucksache 15/29)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. August 1999

(Drucksache 15/38)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/63

Kooperation zwischen den Hochschulen des Landes Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. August 1999 (Drucksache 15/31)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 31. August 1999

(Drucksache 15/39)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/64

Keinen Bremerhaven-Beauftragten einsetzen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 23. August 1999 (Drucksache 15/33)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/65

Geplante Berufung eines Bremerhaven-Beauftragten

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 1999 (Drucksache 15/50)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/66

Ewig büßen und zahlen wegen Hitler?

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 30. August 1999 (Drucksache 15/35)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 15/67

Kein Kahlschlag bei der Bundeswehr

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) vom 30. August 1999 (Drucksache 15/36)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/68

Abschiebehaft im neuen Polizeipräsidium in der Vahr

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17. September 1999 (Drucksache 15/47)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 15/69

Verlängerung der Ladenöffnungszeiten im Expo-Jahr

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD vom 17. September 1999 (Drucksache 15/48)

Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt den Beschluss des Senats, eine Allgemeinverfügung zu erlassen, in der dem Antrag des Einzelhandelsverbandes Nordsee Bremen e. V. hinsichtlich der werktäglichen Ladenöffnungszeiten von 6.00 bis 22.00 Uhr für den Zeitraum vom 15. Mai bis 15. November 2000 positiv entsprochen wird.

Nr. 15/70

Den gesetzlichen Ladenschluss weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 17. September 1999 (Drucksache 15/49)

Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Vorschläge des Bundespräsidenten sowie der Vorsitzenden der SPD- und der CDU/CSU-Bundestagsfraktionen zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Ladenöffnungszeiten.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für eine Reform des Ladenschlussgesetzes einzusetzen und dabei insbesondere auch kleineren und mittleren Unternehmen, unter Berücksichtigung der Wettbewerbsbedingungen, die Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten zu ermöglichen. Der notwendige Arbeitnehmerschutz ist im Arbeitszeitgesetz und in Tarifverträgen zu regeln.

Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich im übrigen dafür aus, weitere Veränderungen der gegenwärtigen werktäglichen Ladenöffnungszeiten unter Berücksichtigung der im Herbst dieses Jahres zu erwartenden Gutachten zu entwickeln, die von der früheren Bundesregierung zu den Erfahrungen mit der 1996 beschlossenen Änderung des Ladenschlussgesetzes in Auftrag gegeben wurden. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, ihr über die Gutachten und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen zu berichten.

Nr. 15/71

Ladenöffnungszeiten im Expo-Jahr von den lokalen Akteuren regeln lassen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 1999 (Drucksache 15/51)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/72

Ladenöffnungszeiten von den lokalen Akteuren regeln lassen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. September 1999 (Drucksache 15/52)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/73

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Gesetz zur Änderung des Radio-Bremen-Gesetzes Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 8. September 1999 (Drucksache 15/42) 1. Lesung